

## **Gedenkrede 20. Juli 1991**

### **Walter Romberg**

Wir gedenken heute der Männer und Frauen, die – im Widerstand gegen die deutsche Gewaltherrschaft – das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, die den Staatsstreich vorbereitet und durchgeführt haben. Wir denken an alle, die die Verschwörung organisiert, und an die, welche die Pläne für ein anderes Deutschland vorbereitet hatten. Sie haben – fast alle – für ihre Mitwirkung mit dem Leben bezahlt.

Wir gedenken heute zugleich aller Frauen und Männer, die gegen das nationalsozialistische faschistische System – in Deutschland und in den von Deutschen okkupierten Gebieten – in jener Zeit des Mordens und der Mörder, mit dem Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet haben. Ich darf Ihnen einige wenige von ihnen mit Ihrem Namen nennen: Dietrich Bonhoeffer, Hilde und Hans Coppi, Alfred Delp, Hans von Dohnanyi, Otto Engert, Kurt Gerstein, Carl Goerdeler, Hans Bernd und Werner von Haeften, Arvid und Mildred Harnack, Ulrich von Hassell, Liselotte Herrmann, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Bernhard Lichtenberg, Helmuth Graf von Moltke, Theodor Neubauer, Hans Oster, Adolf Reichwein, Anton Saefkow, Sophie und Hans Scholl, Harro Schulze-Boysen, Henning von Tresckow, Adam von Trott, Peter Graf Yorck von Wartenburg, Erwin von Witzleben.

Diejenigen Deutschen, die für ihren politischen Widerstand gegen das eigene Regime verurteilt und hingerichtete wurden, darunter die Verschwörer des 20. Juli, haben durch ihr Leben und durch ihren Tod Leben für uns ermöglicht. Ohne sie wären Auschwitz, wären die deutschen Verbrechen in den besetzten Gebieten für lange Zeit das einzig Zählende für die Beziehungen unserer europäischen Nachbarvölker zu uns geblieben. Der politische Neuanfang der Deutschen nach dem Zusammenbruch des Zweiten Weltkrieges wäre ohne Glaubwürdigkeit gewesen.

Nach 40 Jahren der Teilung in zwei deutsche Staaten ist 1991 das erste Jahr, in dem wir – Ost- und Westdeutsche – diesen Gedenktag in einem gemeinsamen Staatswesen begehen. Wir werden uns gegenseitig befragen müssen, wie wir mit dem Erbe des deutschen Widerstandes in den vergangenen 40 Jahren umgegangen sind. Der ostdeutsche Staat, in dem ich bis zu seinem Ende am 3. Oktober 1990 gelebt habe, verstand sich in besonderer Weise verbunden mit der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandes in Europa. Tatsächlich war eine große Zahl der ersten politischen Macht- und Verantwortungsträger der DDR am aktiven Widerstand beteiligt. Viele hatten langjährige politische Haft in KZs oder Gefängnissen durchgestanden. Zahlreiche Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler wählten bei der Rückkehr aus der westlichen Emigration die DDR als Wohnplatz, weil sie hier die Chance für einen sozial und geistig umfassenden Neuanfang sahen – trotz Stalinismus in der Sowjetunion und dessen Wirkung in Osteuropa und begrenzter in Ostdeutschland. Doch rigorose und gewaltsame Rückdrängung und auch Verfolgung nicht-kommunistischer Kräfte in der damaligen SBZ bzw. in der DDR, zerstörte die demokratische Basis und führte zur Aushöhlung der Widerstandstradition. Die Geschichte des nicht-kommunistischen Widerstands wurde ausgeklammert. Erst nach 1980 begannen schrittweise offizielle Korrekturen an dem bisher gezeichneten Bild. Aber für das öffentliche Bewusstsein war das von geringem Gewicht.

Im Raum der Kirchen in der ehemaligen DDR war das etwas anders. Hier ist der Dialog mit denjenigen, die sich im Dritten Reich als Christen in den politischen Widerstand gestellt haben, die Auseinandersetzungen mit dem theologischen, geistlichen und politischen Erbe, das sie hinterlassen haben, nicht abgebrochen.

Auf diese Weise waren diejenigen, die in den Jahren vor 1989 aus dem Raum der Kirchen heraus für grundlegende politische Veränderungen in der DDR eintraten – sei es in kirchlichen Friedensgruppen, sei es im konziliaren Prozess und in der ökumenischen Versammlung – zumindest indirekt in einer losen Verbindung mit dem Erbe des deutschen Widerstandes. Dabei galt für viele sicher auch das gleiche wie für mich: Nicht Programme einzelner Widerstandskreise waren entscheidend, obwohl Einzelpunkte daraus – beispielsweise die Europa-Vorstellungen oder wirtschaftspolitische Richtlinien des Kreisauer Kreises – heute noch von Interesse sind. Wichtig war zu sehen, wie der Widerstand von Einzelnen gelebt und reflektiert wurde, die eigene Verbindung zu den gelebten Stationen des Widerstandes.

Doch die Frage bleibt an uns Ostdeutsche, insbesondere an meine Generation; sie wird von innen und außen gestellt: Wo und wie habt ihr Widerstand geleistet gegen das Unrecht in der DDR? Ich kann hier nur kurz darauf antworten – weder als Rechtfertigung noch als Schulbekenntnis:

Die DDR wurde bis in die Mitte der 1980er Jahre als reformfähig angesehen, trotz wachsender wirtschaftlicher Probleme. Dieser Staat war international anerkannt. In der komplizierten Zuspitzung der Beziehungen zwischen den Weltmächten förderte er durch geschickte Dialog-Außenpolitik die europäische Entspannung. Sicher waren deutliche Forderungen in der DDR nach Humanisierung des Strafvollzugs, nach Reform des Rechtswesens, nach einem offenen Schulsystem, nach Demokratisierung des gesamten politischen Systems, nach Abbau der innenpolitischen Repression, nach Demokratie und Veränderungen in Richtung Marktwirtschaft notwendig.

Die Kirchen haben Schritte versucht, öffentlich oder nichtöffentlich. In den Augen der damaligen Oppositionsgruppen war es zu wenig und zu vorsichtig. Der weit verzweigte Staatssicherheitsapparat – der nach heutiger Erkenntnis viel umfassender war als damals angenommen – machte den Aufbau einer politischen Opposition noch schwieriger als in der Hitlerzeit. Daraus ergab sich, dass die kirchlichen Friedensgruppen weitgehend öffentlich arbeiteten. Und es führte dazu, dass seit 1988 auch Reformkräfte innerhalb der Partei in einigen Bereichen wie der Außenpolitik relativ offen agierten.

Trotzdem bleibt die Frage: Warum nicht mehr Widerstand? Widerstand beispielsweise gegen die Mauer. Die Mauer wurde auch von den westlichen Alliierten geschützt. Der Eindruck, dass die Mauer von östlicher Seite überwindbar sei, durfte nicht entstehen. Sonst wäre es schon früher zu einem Massendurchbruch gekommen. Mit den zwangsläufigen Folgen: Wiederherstellung des alten Zustandes zugespitzter Konfrontation, verbunden mit dem Aufbau von Militär auf beiden Seiten, dadurch auch ein erhöhtes Konfliktrisiko an der Grenze zwischen den Militärblöcken.

Es wird jetzt häufiger gefordert, diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die für die Grenzsicherung zwischen den beiden deutschen Staaten verantwortlich waren. Wer solche Forderungen stellt, hat vergessen, dass sich an der deutsch-deutschen Grenze zwei Weltmächte in einem Hegemonialkonflikt und hochgerüstet gegenüber standen. Der Kalte Krieg, diese Auseinandersetzung, wurde von beiden Seiten mit Härte auf deutschem Territorium geführt. Diese Auseinandersetzung schloss alle Felder ein, die Wirtschaft wie die Medien, Kulturpolitik ebenso wie Technologiepolitik.

Wer in der DDR Elemente einer notwendigen Alternative zur westdeutschen Bundesrepublik sah – auch trotz ausgedehntem Repressionsapparat und der diesem Staat eigenen Bürokratie – musste andere innen- und außenpolitische Ziele im Widerstand verfolgen als jemand, in dessen Wahrnehmung die westdeutsche Bundesrepublik im wesentlichen bereits die gewünschte neue politische Ordnung verkörperte. Sicher ist, dass beispielsweise manche anders als in der BRD getroffenen Regelungen der sozialen Fragen – die positiven sozialistischen Elemente – für viele unverzichtbare Elemente der

angestrebten neuen politischen Ordnung waren.

Heute ist es sicher zu früh für hinreichende Urteile darüber, welche politischen Ziele der Oppositionsgruppen realisierbar sein konnten, ob andere Bündnisse andere politische Möglichkeiten eröffnet hätten. Oder: wo Opposition, wenn sie mit Vertretern staatlicher oder quasistaatlicher Institutionen kooperierte, letztlich Stabilisierung des status quo bewirkte.

Erst aus größerem zeitlichem Abstand, wenn ein deutlicheres Bild von den innen- und außenpolitischen Konstellationen in den deutschen Staaten, in der Sowjetunion, in den Ost-Westbeziehungen der Jahre 1988-1990 vorliegen wird, sind klarere Urteile möglich. Was kann das Erbe des deutschen Widerstandes heute für die Deutschen gemeinsam bedeuten? Gegenwärtig ist Deutschland weiter ein gespaltenes Land, getrennt durch eine gespaltene Wirtschaftskonjunktur: In Ostdeutschland wachsende Arbeitslosigkeit, bis zum Jahresende wird bei uns mit 3 bis 3,5 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern gerechnet, manche sprechen von vier Millionen. In Westdeutschland ist die Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres um eine Million gestiegen, wenn man die Pendler einbezieht, die in Westdeutschland arbeiten und in Ostdeutschland ihren Wohnsitz haben. In Ostdeutschland ist die Industrieproduktion im Vergleich zu 1989 um 50 Prozent gesunken. In Westdeutschland hält das Wachstum der Industrieproduktion ungebrochen an, mit schätzungsweise 2,5 Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts im Jahr 1991. In Ostdeutschland zerbricht die Industrieforschung, als Forschung für die industrielle Produktion. Nach letzten Studien ist das Forschungspotenzial um 39 Prozent im Vergleich zu 1989 gefallen. In Westdeutschland zeichnet sich ein Wachstum des Forschungspotenzials durch Zuwanderung von Wissenschaftlern und Ingenieuren aus Ostdeutschland ab.

Es beginnt zwar eine deutliche Erholung und Wachstum in der Bauindustrie. Aber die notwendigen Investitionen bleiben aus. Es fehlt eine klare Industriepolitik der Bundesregierung, ebenso wie die entsprechende Forschungs- und Technologiepolitik. Schlimmer als die gespaltene Wirtschaft ist die Gespaltenheit der Deutschen.

Es gibt, und wir sind dankbar dafür, neben der Durchsetzung harter wirtschaftlicher westdeutscher Interessen in Ostdeutschland, einen Strom von technischer und finanzieller und vor allem personeller Hilfe für den wirtschaftlichen und politischen Umbau in den Neuen Bundesländern.

Doch die psychologischen Mauern zwischen den Deutschen aus Ost und West sind eher gewachsen. Deutlich ist gegenseitige Sprachlosigkeit, die gegenseitige Enttäuschung von Erwartungen, der Zerfall von sozialen Beziehungen, wachsende Mauern innerhalb Ostdeutschlands durch administrative Zerlegung der Bevölkerung in 'Staatsnahe' und 'Staatsferne' im Hinblick auf den vergangenen DDR-Staat.

Es fehlt der Neuanfang gegen die Gespaltenheit, der Neuanfang zu einem Konsens der Deutschen. Dieser kann nicht durch großzügige Finanztransfers, durch Lösung von Finanz- und Steuerproblemen erreicht werden, auch nicht durch wirtschaftlichen Aktionismus: Es geht um einen geistigen Neuanfang, der den Weg der Deutschen, die deutschen Spaltungen nicht nur der letzten 40 Jahre, sondern seit der ersten deutschen Republik, noch einmal durchdekliniert.

Es geht um das offene Gespräch der Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Konservativen über das, was seit der Weimarer Republik in Deutschland passiert ist.

Wer könnte besser geeignet sein, ein solches Gespräch zu tragen als diejenigen, die sich an die gelebten Inhalte bzw. die Traditionsstränge des Widerstands gebunden fühlten?

Über die zukünftige Gestalt Europas wird die Entwicklung Osteuropas entscheiden.

Wenn es nicht gelingt einen geordneten Prozess des Übergangs von den alten stalinistisch-zentralistischen Ordnungen in eine neue, lebensfähige, demokratische,

marktwirtschaftliche Struktur zu finden, wird Osteuropa mehr und mehr der Gefahr ausgesetzt sein, Züge der so genannten Dritten Welt anzunehmen. Eine anhaltende Deindustrialisierung Ostdeutschlands wird nur zu vermeiden sein, wenn osteuropäische Märkte erhalten bleiben bzw. neu gewonnen werden können. Aus wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Gründen gibt es deshalb ein fundamentales Eigeninteresse der Deutschen, dass die Schwierigkeiten und sicherlich langwierigen Reformen in Osteuropa Erfolg haben und zu einer stabilen Ordnung führen. Die Osteuropäer warten umgekehrt auf deutsche Unterstützung und Hilfe.

Deutschland mit seinen über 70 Millionen Menschen und seinen gewaltigen Wirtschaftspotenzen in der Mitte Europas, mit seiner Zwischenlage zwischen Ost und West, wird sich den osteuropäischen Erwartungen und der Mitverantwortung nicht entziehen können. Im Gegenteil: der Prozess des Übergangs und der Neuordnung in Ostdeutschland und der deutsche Vereinigungsprozess sind eng mit den Entwicklungen in Osteuropa verbunden. Wirtschafts-, Industrie-, Forschungs- und Technologiepolitik in Ostdeutschland muss im Hinblick auf zukünftige Wirtschaftsbeziehungen nach Osteuropa konzipiert und durchgeführt werden.

Dabei muss westliche Hilfe vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein. Also beispielsweise Hilfe beim Aufbau von Industrien in den Klein- und Mittelbetrieben. Wirtschaftspolitisch geht es um Hilfe beim Neuaufbau der osteuropäischen Wirtschaftsstruktur als *ganzer*, um Hilfe, welche die Wirtschaftsbeziehungen der osteuropäischen Länder untereinander fördert. Dazu gehört die deutsche Förderung des Aufbaus von Unternehmen in Polen, Tschechien oder Ungarn, die in die Sowjetunion exportieren. Dazu gehört, dass westliche Kredite an die Sowjetunion mit der Auflage vergeben werden, einen Teil zum Import aus anderen osteuropäischen Ländern zu nutzen. Dazu gehört auch die konzeptionelle Vorbereitung und stärkere Koordinierung aller westlichen Hilfs- und Fördermaßnahmen für Osteuropa durch EG und OECD. Für die Beziehungen zu unseren Nachbarn Polen und Tschechien ist der stufenweise Abbau der Handelsschranken der EG notwendig.

Assoziationsabkommen müssen mit echter Marktförderung verbunden sein.

Die Deutschen werden sich Osteuropa zuwenden und die Ostdeutschen werden in dieser Aufgabe eine neue Identität finden. Wir hoffen und wir erwarten, dass es ein gemeinsames Engagement mit den Westeuropäern wird. Ein deutscher Alleingang würde die alten Versuchungen und Gefahren deutscher Vorherrschaft in Osteuropa wieder auferstehen lassen.

Darum ist auch hier die deutsch-französische Verbundenheit, die Verstärkung dieser Bindungen in der angestrebten politischen Union der EG, bis in den Bereich der Sicherheitspolitik, unverzichtbar.

Eine letzte Bemerkung, diese vor allem an die deutschen Sozialdemokraten: Die Vermittlung der Marktwirtschaft, die Ausbildung in Russland – ich spreche jetzt bewusst von Russland einschließlich Weißrusslands und der Ukraine – werden deutsche wie Amerikaner und Westeuropäer leisten müssen. Die pragmatische Haltung der Angelsachsen wird hier oft hilfreich sein.

Aber was an den volkswirtschaftlichen Fakultäten Russlands über die *sozialen* Gestaltungsmöglichkeiten der Marktwirtschaft gelehrt werden wird, wird abhängen davon ob und wie grundsätzlich die Deutschen den ostdeutschen Prozess, seine sozialen Verwerfungen, die zurückliegenden sozialreformerischen Bewegungen in Deutschland und Europa reflektieren und einen neuen deutsch-russischen Dialog anstrengen.

*Dr. rer. nat. Walter Romberg wurde 1928 in Schwerin geboren er studierte Mathematik in Rostock und Berlin und promovierte 1965 an der Humboldt-Universität Berlin. Von 1954 bis 1990 war Romberg wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der Akademie der*

*Wissenschaften der DDR. Seit 1960 ist er engagiert zunächst in der kirchlichen Laienarbeit, dann in der Friedensarbeit tätig. Im Rahmen der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen der DDR war Romberg auch an der Friedensforschung beteiligt. In mehreren Publikationen hat er sich unter anderem mit der Sicherheitspolitik und mit alternativen Militärstrukturen beschäftigt. 1989 trat er in die gerade gegründete Ost-SPD ein und wurde Finanzminister der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière. Von 1991 bis 1994 war er Abgeordneter des Europäischen Parlaments mit dem Schwerpunkt Osteuropa/GUS.*

Der Redetext wird zitiert nach dem inzwischen vergriffenen Buch „Zwanzig Jahre Reden am Kreuz“, das 2004 im Marburger Schüren-Verlag erschienen ist.  
Die Rechtschreibung entspricht der Buchvorlage, lediglich offenkundige Druck- und Schreibfehler wurden bei der Abschrift korrigiert.